

dass der Terror in der Reichshauptstadt ungleich exzessiver war. Die Zentralen der NS-Repressionsorgane, die hier ihren Sitz hatten, knüpften allem Anschein nach in der Reichshauptstadt ein dichteres Kontroll- und Überwachungsnetz als in anderen Großstädten. Zwar ließ das »Dickicht« der Millionenmetropole größere Räume für Nischen unterschiedlichster Nonkonformität. Dennoch wurden soziale Netze, wie sie sich in den Jahrzehnten bis 1933 in den von Arbeitern geprägten Milieus ausgebildet hatten, in Berlin offenbar nachhaltiger zerstört als anderswo. Unter den Angestellten hingegen erfuhr die NSDAP schon vor 1933 relativ große Zustimmung. Deren Zahl stieg danach noch deutlich an, da die meisten NS-Organisationen, darunter sämtliche Zentralämter und Reichsbetriebsgemeinschaften der Arbeitsfront, ihren Sitz in Berlin nahmen. Mit der DAF entstand ein riesiger Organisationskoloss, der bei Kriegsbeginn reichsweit doppelt so viele hauptamtliche Funktionäre zählte wie die NSDAP.<sup>83</sup> Die Zentralämter der DAF und die Gauverwaltung Groß-Berlin der Organisation, die beide am Fehrbelliner Platz ihren Sitz hatten, trugen mit ausgefeilten Angebots- und Kontrollinstrumenten dazu bei, dass eine in den Anfangsjahren des Regimes und dann in der zweiten Kriegshälfte in breiten Arbeitnehmerschichten vorhandene latente Unzufriedenheit sich nicht zu größeren Protestbewegungen auswuchs.

PROF. DR. RÜDIGER HACHTMANN

(geb. 1953), Wissenschaftlicher Mitarbeiter (Projektleiter) am Zentrum für Zeit-historische Forschung in Potsdam.

DR. CHRISTOPH KREUTZMÜLLER

(geb. 1968), Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert mit Schwerpunkt im Nationalsozialismus an der Humboldt-Universität zu Berlin.

## ZWANGSARBEIT

»Erinnerung an die Lagerstadt« – so beschriftete ein tschechischer Zwangsarbeiter ein Foto des nationalsozialistischen Berlin. Die Lager der ausländischen Arbeitskräfte waren ein bestimmendes Element im Stadtbild: »Zu jener Zeit war Berlin mit Holzbaracken nur so überzogen. In jeder noch so kleinen Lücke der Riesenstadt hatten sich Fluchten brauner, teerpappgedeckter Fichtenholzquader eingenistet. Groß-Berlin bildete ein einziges Lager, das sich zwischen den festen Bauten, den Denkmälern, den Bürohäusern, den Bahnhöfen, den Fabriken hinkrümelt.«<sup>1</sup>

Berlin war nicht nur die Hauptstadt des »Dritten Reiches«, sondern auch seine wichtigste Rüstungsschmiede und daher der Ort mit den meisten Zwangsarbeiterlagern. Ging man 1986 zunächst von rund 700, im Jahr 2001 von über 1000 Adressen aus, so sind nun rund 3000 Standorte in Berlin nachgewiesen – die tatsächliche Zahl dürfte nochmals deutlich höher liegen.<sup>2</sup> Die flächendeckende Verteilung der Einsatz- und Unterbringungsorte zeigt, dass die Zwangsarbeit mehr noch als andere nationalsozialistische Massenverbrechen direkt vor der Haustür der Berliner verrichtet wurde. Im Mai 1945 stellten die schätzungsweise 370 000 Ausländer mehr als ein Siebtel der durch Einberufungen und Evakuierungen auf knapp 2,6 Millionen reduzierten Bevölkerung.<sup>3</sup> Nur selten war Berlins Einwohnerschaft internationaler.

Die lokale Forschung der letzten zwei Jahrzehnte hat nicht nur die vielfach schrecklichen Arbeits- und Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter herausgearbeitet, sondern auch dargestellt, wie sehr diese Teil der alltäglichen Berliner Kriegsgesellschaft waren, auch wenn sie nicht zur »Volksgemeinschaft« gehörten.<sup>4</sup> Weniger ist aber bekannt über die Handlungsspielräume der vielen mit dem Arbeitseinsatz befassten Behörden, Unternehmen und Privatleute und über die gegenseitige Wahrnehmung von Fremden und Einheimischen.



Abb. 1 »Berlin 1943. Erinnerung an die Lagerstadt«. Das Argus-Lager in Reinickendorf auf einem Privatfoto eines tschechischen Zwangsarbeiters.



Abb. 2 »Teilung der Werkstatt durch verstellbare Trennwände: Auf der einen Seite der Trennwand arbeiten Deutsche, auf der anderen Juden«. Foto aus einem internen Siemens-Bericht.

## Entwicklungen und Größenverhältnisse

Rund eine halbe Million Zwangsarbeiter lebten im Verlauf des Zweiten Weltkriegs in Berlin: über 380 000 zivile Arbeitskräfte, über 70 000 Kriegsgefangene, rund 10 000 Häftlinge in Außenlagern des KZ Sachsenhausen und mehr als 20 000 Juden. Zu den Besonderheiten der Reichshauptstadt gehörte von 1938 an der »geschlossene Arbeitseinsatz« von etwa 20 000 Berliner Juden.<sup>5</sup> Dabei machten die Werksleitungen praktische Erfahrungen mit der vom Regime gewünschten, für den Arbeitsprozess aber hinderlichen rassistischen Separierung von Arbeitskräften. Ein Oberingenieur von Siemens empfahl – durch ein entsprechendes Foto illustriert – die »Teilung der Werkstatt durch verstellbare Trennwände: Auf der einen Seite der Trennwand arbeiten Deutsche, auf der anderen Juden.«<sup>6</sup>

Für die Juden bedeutete die Zwangsarbeit einen Aufschub der ständig drohenden Deportation. Für die Betriebe machte dies die jüdischen Zwangsarbeiter – bei Siemens über 3000 – besonders rentabel: »Die sterntragenden Juden – Gruppe K – haben keinen hohen Bummel- oder Krankenanteil.«<sup>7</sup>

Ein Förderer des Ausländereinsatzes in Berlin war der Generalbauinspektor für die Neugestaltung der Reichshauptstadt (GBI). Die von Albert Speer geleitete Behörde setzte bis zu 30 000 Ausländer im Bunker- und Lagerbau ein.<sup>8</sup> Nach dem Ende der »Blitzkriege« setzte auch die Industrie zunehmend ausländische Zwangsarbeiter ein. Die Rüstungsproduktion konnte expandieren, obwohl immer mehr Deutsche zur Wehrmacht einberufen und mit der »Fabrikaktion« im Februar 1943 die letzten jüdischen Zwangsarbeiter deportiert wurden. Entsprechend stieg die Zahl der Ausländer in den Betrieben von 140 000 (1941) auf mehr als 380 000 (1943). Im August 1944 lag ihr Anteil an allen Beschäftigten in Berlin bei etwa 20 Prozent und damit unter dem Reichsdurchschnitt von 26,5 Prozent, da die beiden am stärksten auf Zwangsarbeiter gestützten Wirtschaftsbereiche, Landwirtschaft und Bergbau, hier kaum eine Rolle spielten.

Wie in ganz Deutschland, waren auch in Berlin die Sowjetunion, Frankreich und Polen die wichtigsten Herkunftsländer der Zwangsarbeiter. Das Übergewicht von verarbeitender Industrie und Dienstleistungen führte aber dazu, dass die Betriebe mehr westeuropäische Zwangsarbeiter einsetzten als im Reichsdurchschnitt: Im September 1944 kamen 103 095 Zivilarbeiter aus der Sowjetunion (27,5 Prozent), 66 796 aus Frankreich (17,8 Prozent) und 31 320 aus Polen (8,4 Prozent).<sup>9</sup> Der Anteil der Westeuropäer lag mit einem guten Drittel

fast doppelt so hoch wie im gesamten Reich, der Anteil der »Ostarbeiter« und der Polen jeweils etwa zehn Prozentpunkte niedriger. Daher war in Berlin auch der Frauenanteil mit 27,6 Prozent aller Zivilarbeiter geringer als im Reichsdurchschnitt (33,3 Prozent). Frauen stellten aber über die Hälfte aller sowjetischen und etwa ein Drittel aller polnischen Zivilarbeiter. Die meisten ausländischen Frauen in Berlin stammten also aus Osteuropa.

Neben den Zivilarbeitern waren in Berlin insgesamt etwa 70 000 Kriegsgefangene interniert. Das 1940 eingerichtete Mannschafts-Stammlager (Stalag) III D – das einzige Stammlager in einer deutschen Großstadt – war kein zentrales Unterkunfts-lager, sondern verwaltete die mindestens 120 dezentralen Arbeitskommandos.<sup>10</sup> Die fluktuierende Belegung des bislang kaum erforschten Stalags schwankte um die 30 000 Mann. Die 18 000 (1942), später knapp 15 000 (1944) Franzosen bildeten die längste Zeit die stärkste Gruppe.<sup>11</sup> Die Zahl sowjetischer Kriegsgefangener stieg von 4000 (1942) auf knapp 12 000 (1944). Nach dem Kriegsaustritt Italiens im Herbst 1943 kamen rund 30 000 als »Militärinternierte« verschleppte italienische Kriegsgefangene nach Berlin; sie bildeten bis zu ihrer zwangsweisen Überführung in den Zivilstatus von Juli 1944 ab die größte nationale Gruppe im Stalag III D.<sup>12</sup>

Als letzte Arbeitskraftreserve wurden schließlich etwa 10 000 Häftlinge in den 17 Berliner Außenlagern des KZ Sachsenhausen eingesetzt.<sup>13</sup> Davon arbeiteten rund 6000 – überwiegend Frauen – in der Industrie, der Rest für verschiedene SS-Dienststellen (in knapp 40 über die Stadt verteilten Außenkommandos des Außenlagers Lichtenfelde) und in der Trümmerbeseitigung (in Lichtenrade und verschiedenen Lagern der SS-Baubrigaden).

### Rassistische Abstufungen

Der Oberbegriff »Zwangsarbeiter« umfasst sehr unterschiedliche Kategorien und damit Lebensverhältnisse. Er ist sowohl dem verharmlosenden »Fremdarbeiter« der früheren Literatur als auch dem skandalisierenden »Sklavenarbeiter« der Entschädigungsdebatte vorzuziehen.<sup>14</sup> In den Quellen ist meist von »Ausländern« die Rede, von »Ostarbeitern« oder »Italienern«, im mündlichen Sprachgebrauch auch von »polnischen Schweinen« und »Russenweibern«. Die Unterdrückung der ausländischen Arbeitskräfte war nicht nur nach ihrem Rechtsstatus (Zivilarbeiter, Kriegsgefangener, Häftling), sondern auch nach der Herkunft abgestuft. Nord- und Westeuropäer standen am oberen, Osteuropäer

und Juden am unteren Ende der rassistischen Hierarchie. Menschen aus der Sowjetunion (im NS-Jargon »Ostarbeiter«) und aus Polen unterlagen diskriminierenden Sondererlassen: den »Polenerlassen« vom 8. März 1940 und den »Ostarbeiter-Erlassen« vom 20. Februar 1942.

Polen waren die Ersten, die im Reich mit einem Aufnäher stigmatisiert wurden. Das P-Zeichen (ab 1940) wurde wie der Judenstern (ab 1941) und das Ost-Abzeichen (ab 1942) reichsweit von der Berliner Fahnenfabrik Geitel & Co. (heute Berliner Stoffdruckerei GmbH) produziert. Die Betriebe konnten die Abzeichen für 10 Pfennig pro Stück im Polizeipräsidium kaufen.<sup>15</sup> Osteuropäer wurden auch steuerrechtlich diskriminiert. Von dem um Abzüge für Lagerunterbringung und -verpflegung geminderten Lohn wurden noch Sondersteuern eingezogen: die »Sozialausgleichsabgabe« bei den Polen, die »Ostarbeiter-Abgabe« bei den Sowjetbürgern.<sup>16</sup> Eventuelle Vergehen wurden nicht von der Justiz, sondern direkt von der Gestapo geahndet. Erträglicher, aber dennoch entbehrungsreich und demütigend war das Leben für die Westeuropäer. In Lohn- und Versicherungsdingen waren sie den Deutschen grundsätzlich gleichgestellt. Berufliche Qualifikationen und Sprachkenntnisse erlaubten manchem einen begrenzten Aufstieg, der auch die Aufsicht über Zwangsarbeiter aus Osteuropa mit sich bringen konnte.<sup>17</sup> Aber auch Niederländer, Belgier und Franzosen litten unter den verlausten Baracken, der unzureichenden Verpflegung und den Übergriffen von Werkschutz und Gestapo.<sup>18</sup>

### Einsatz in Fabriken, Kommunen und Haushalten

Die meisten Zwangsarbeiter wurden in den großen Fabriken der Metall- und Elektrobranche eingesetzt. Von 1942 an bemühten sich die Betriebe von sich aus um die Zuweisung ausländischer Arbeitskräfte, die sie dringend benötigten, um Rüstungsaufträge übernehmen zu können. Ohne Zwangsarbeiter hätten die meisten Fabriken schließen müssen, mit Zwangsarbeitern konnten sie ihre Produktionskapazitäten dagegen erheblich ausbauen.<sup>19</sup>

Zu Beginn des massiven Ausländereinsatzes Mitte 1942 kam es in vielen Unternehmen zu Debatten. Auf einer Tagung der Siemens-Zentralverwaltung im Dezember 1942 empfahl ein Oberingenieur bei der Rekrutierung die »gründliche Fühlungnahme mit den leitenden Herren der Arbeitseinsatzstellen im Ausland«. <sup>20</sup> Trotz des durch Erhebungen ermittelten, unerwartet passablen Bildungsgrads der osteuropäischen Zwangsarbeiter stand Siemens vor dem Pro-

blem, »mit einem nur ganz kleinen Stamm von deutschen Ingenieuren, Facharbeitern und Kaufleuten und im übrigen nur mit sprachunkundigen Ungelernten eine möglichst große Fertigung« aufzuziehen. Die deutsche Belegschaft reagiere vielfach ablehnend darauf, dass »wir unseren Betrieb so mit fremdem Blut füllen.«<sup>21</sup> Zum Abschluss der Tagung erklärte Direktor Hanns Benkert, der Ausländereinsatz sei »keine augenblickliche Angelegenheit, sondern wir werden sie als Dauereinrichtung aufziehen müssen.«<sup>22</sup> Der zunächst so ungeliebte Ausländereinsatz hatte damit bereits eine Nachkriegsperspektive gewonnen.

Ohne Zwangsarbeiter wäre nicht nur die Rüstungsindustrie, sondern auch die Versorgung der Bevölkerung rasch zusammengebrochen. Städtische Werke und Bezirksämter setzten Ausländer ein. So berichteten die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) dem Arbeitsamt über die »vielen Ostarbeiterkinder bei uns.«<sup>23</sup> Selbst in Krankenhäusern arbeiteten zahlreiche Ausländer.<sup>24</sup> Zwangsarbeiter waren häufig auch bei kleinen Handels- und Handwerksbetrieben beschäftigt.<sup>25</sup> Der Ukrainer Roman F. etwa arbeitete als Heizergehilfe im Hotel Adlon.<sup>26</sup> Leitende Angestellte von Unternehmen und NS-Bürokratie nutzten nicht selten ihre Beziehungen, um ihren Ehefrauen eine ausländische, oft sowjetische Haushaltshilfe zu besorgen.<sup>27</sup> Die aus Charkow verschleppte Ingenieurin Sinaida Baschlai wurde zunächst bei der Kosmetikfirma Schwarzkopf eingesetzt, kam dann aber als Haushaltshilfe zu einer Steglitzer Dame: »Sie war die Herrin, ich ihr Dienstmädchen. Ich arbeitete den ganzen Tag, und sie konnte sich ans Klavier setzen; sie dachte, wenn sie spielte und ich arbeitete, würde ich eine bessere Laune bekommen. Sie spielte für mich die ›Mondscheinsonate‹, und ich putzte die Fenster.«<sup>28</sup>

### Durchgangslager, Saallager und Barackenlager

Nur ein kleiner Teil der Zwangsarbeiter war mehr oder weniger freiwillig und nicht selten aus ökonomischer Not den irreführenden Werbekampagnen der deutschen Arbeitsämter gefolgt, die meisten wurden durch einen individuellen Verpflichtungsbescheid, eine dem Heimatdorf vorgegebene Arbeitskräfte-Quote oder eine brutale Razzia zur Arbeit gezwungen. Nach tagelanger Fahrt im Güterwaggon kamen sie erschöpft und ausgehungert in das im September 1942 fertiggestellte Durchgangslager Wilhelmshagen, wo sie registriert, desinfiziert, fotografiert und auf die Betriebe verteilt wurden.<sup>29</sup> Im November 1943 eröffnete das Arbeitsamt ein zweites Durchgangslager in Potsdam-Rehbrücke.

Von diesen in Zeitzeugenberichten oft als Sklavenmarkt<sup>30</sup> beschriebenen Verteilungsstellen aus ging es dann in die Unterkünfte der Firmen. An mindestens 3000 Orten in Berlin wurden nachweislich Zwangsarbeiter untergebracht. Das konnten große Barackenkomplexe sein oder Saallager in Restaurants und Schulen sowie Dachböden und Kohlenkeller in Wohnhäusern. Zum Jahreswechsel 1942/43 lebten 147 452 Zwangsarbeiter in 1011 Barackenlagern, Festsälen, Hotelgebäuden und Fabrikshuppen.<sup>31</sup> Weitere 100 000 zivile Zwangsarbeiter waren zu diesem Zeitpunkt privat oder in kleinen, nicht als Lager registrierten Unterkünften in Berlin untergebracht. Die Zahl der Zwangsarbeiterlager stieg im Kriegsverlauf drastisch an, alleine für Kreuzberg von acht (November 1940) über 75 (Juni 1942) auf schließlich 119 Lager (Mai 1944).<sup>32</sup> Die folgenden Zahlen sind also nur eine unvollständige Momentaufnahme für Ende 1942/Anfang 1943.

Ende 1942 waren Siemens und AEG die größten Betreiber von Zwangsarbeiterlagern mit jeweils 101 Lagern; es folgten die Deutsche Reichsbahn mit 30 und der Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt (GBI) mit 23 Lagern. Im Durchschnitt kamen 146 Bewohner auf ein Lager. Die von der Weser Flugzeugbau GmbH mit zwei großen Lagern für insgesamt 3500 Zwangsarbeiter vorangetriebene »Erstellung geschlossener Barackenstädte« verringerte zwar den Verwaltungsaufwand bei der Unterbringung,<sup>33</sup> aber die improvisierten Saallager waren billiger. Bei Siemens schätzte man, dass die Einrichtung eines Saallagers etwa 200, der Bau eines Barackenlagers dagegen 1050 RM pro Bett kostete.<sup>34</sup> Die Großstadt bot den Firmen vielfältige Möglichkeiten, ihre Zwangsarbeiter unterzubringen. Die AEG mietete bevorzugt Lokale an. Nicht wenige Hotels und Fremdenheime in den Bahnhofsvierteln hielten sich durch derartige Mietverträge mit den großen Rüstungsfirmen über Wasser. 76 französische AEG-Arbeiter wohnten im Rahnsdorfer Altersheim »Sorgenfrei« der Berliner Stadtmission.<sup>35</sup> Mindestens ein Dutzend Schulen wurden als Zwangsarbeiterlager genutzt. Die in der heutigen Sophie-Scholl-Schule in Schöneberg untergebrachten Zwangsarbeiter bauten für Philipp Holzmann den Fernmeldebunker in der Pallasstraße.<sup>36</sup> Die Reichsbahn nutzte in der Neuköllner Siegfriedstraße Wohnungen, ebenso Telefunken am Tempelhofer Ufer, wo mehrere Etagen im Quergebäude mit je sechs bis acht Notbetten pro Zimmer ausgestattet wurden.<sup>37</sup>

In den Außenbezirken dominierten große Barackenareale. Die mit etwa 2500 Insassen größten Berliner Lager unterhielten Anfang 1943 die Fritz Werner AG in Marienfelde, die Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken DWM in Pankow-Schönholz und die Argus Motoren GmbH in Reinickendorf.<sup>38</sup> Ein

halbes Jahr später waren dann die Lager in der Spandauer Egelpfuhlstraße mit 2800 Plätzen beziehungsweise am Adlershofer Adlergestell mit 2900 Plätzen die größten.<sup>39</sup>

Bei den Barackenkomplexen handelte es sich zumeist um »Gemeinschaftslager«, also Lager mit Gemeinschaftsverpflegung in einer Kantine. In den Holzbaracken wurden 12 bis 16, manchmal auch 24 und mehr Insassen pro Stube untergebracht. Berliner Tischler und Möbelfirmen fanden im Lagerbau ein neues Betätigungsfeld; 40 Firmen inserierten in den Rubriken »Baracken« und »Barackenlagereinrichtungen« des Branchenbuchs von 1942. Häufig taten sich mehrere Firmen zu einer Arbeitsgemeinschaft Lagerbau zusammen. Bei der Grundstückswahl achtete nicht nur Siemens darauf, ob »wir das Lager über Kriegsende hinaus behalten können«. <sup>40</sup> Koordiniert wurde der Lagerbau vom GBI.<sup>41</sup> Für die nach dem Stopp der »Germania«-Planungen nicht mehr beschäftigten Architekten war die Planung von Zwangsarbeiterlagern eine Möglichkeit, der drohenden Einberufung zu entgehen. Der spätere TU-Rektor Hans Freese entwarf das heute noch existierende GBI-Lager 75/76 in Berlin-Schöne-weide.<sup>42</sup>

### Apartheid nebenan

Fast jeder Berliner hatte einen Zwangsarbeiter als Nachbarn oder Arbeitskollegen. Manche protestierten gegen die Einrichtung eines Ausländerlagers in ihrem Wohngebiet. Die Zwangsarbeiter waren auf ihren langen täglichen Arbeitswegen ebenso unübersehbar wie an ihrem Arbeitsplatz in den Fabriken. Für den täglichen S-Bahn-Transport von russischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen durch Berlin stellte die Reichsbahndirektion Berlin im Juli 1944 einen Sonderfahrplan auf und merkte dazu an: »Die Sonderzüge sind auf allen Bahnhöfen mit dem Richtungsschild ›Nicht einsteigen‹ anzukündigen.«<sup>43</sup> Am 30. November 1944 notierte die Journalistin Ursula von Kardorff: »Der Bahnhof Friedrichstraße mit seinen breiten Treppen, die in eine Art Unterwelt führen, gilt als bombensicher. Dort ist es so, wie ich mir Shanghai vorstelle. Zerlumpte malerische Gestalten in wattierten Jacken mit den hohen Backenknochen der Slawen, dazwischen hellblonde Dänen und Norweger, kokett aufgemachte Französinen, Polen mit Hassblicken, fahle, frierende Italiener – ein Völkergemisch, wie es wohl noch nie in einer deutschen Stadt zu sehen war. Fast ausschließlich Ausländer sind da unten, Deutsch hört man kaum.«<sup>44</sup>

Die von der NS-Sondergesetzgebung vorgegebene Abschottung der »Fremdvölkischen« beschränkte die Kontakte zwischen Deutschen und Ausländern. Der »verbotene Umgang« wurde teilweise streng verfolgt. Die Sprachbarriere und das gegenseitige Misstrauen trugen dazu bei, persönliche Beziehungen zu verhindern. In die anfangs oft siegesgewiss-überhebliche Attitüde gegenüber den Ausländern mischte sich im Verlaufe des Krieges immer häufiger Angst.<sup>45</sup> Viele ehemalige Zwangsarbeiter berichten gleichwohl von konkreten Hilfeleistungen wie dem Zustecken von Nahrungsmitteln. Dieses zwischenmenschliche Mitgefühl war von großer Bedeutung für das Überleben der Ausländer, aber auch für die moralische Integrität der Helfenden.<sup>46</sup> Überwiegend wurde die »Apartheid nebenan«<sup>47</sup> von den Berlinern aber akzeptiert, wenn sie nicht gar die nationalsozialistische Herrenmenschen-Ideologie fanatisch unterstützten. Die meisten Verhaftungen gingen auf Anzeigen von Meistern und Lagerführern zurück, viele aber auch auf Denunziationen von unbeteiligten Passanten. Große Verantwortung für die Lebensbedingungen der Ausländer trug der Abwehrbeauftragte, der in größeren Firmen zum Führungspersonal gehörte und in kleineren Betrieben meist identisch war mit dem Betriebsführer. Ihm unterstand der Werkschutz; das Aufsichtsrecht der Gestapo beschränkte sich auf die Ausbildung und Überprüfung der von 1943 an auch unter Meistern und Vorarbeitern rekrutierten nebenamtlichen Werkschutzmänner.<sup>48</sup>

Die Lagerführer der betriebseigenen Lager unterstanden ebenfalls dem Abwehrbeauftragten. Hier gab es allerdings nicht selten ein Kompetenzgerangel mit der Deutschen Arbeitsfront, die für die Lager- und Freizeitorganisation der Zwangsarbeiter zuständig war. Nicht nur bei der Köpenicker Gema führte das zu Auseinandersetzungen über das richtige Verhalten gegenüber den Zwangsarbeitern.<sup>49</sup> Der Einfluss der allzu bürokratisch agierenden DAF sank im Kriegsverlauf allmählich. Vor Ort hatten die Lagerführer einen großen Spielraum in Bezug auf die Behandlung der Lagerinsassen. Im Neuköllner Friedhofslager etwa verhielt sich ein Lagerführer ruhig und verständnisvoll, während der andere häufig schlug und mit der Gestapo drohte.<sup>50</sup>

### Freizeit und Überleben

Die wenigen freien Stunden nach einer oft zwölfstündigen Arbeitsschicht nutzten die Zwangsarbeiter vor allem, um ihr Überleben zu sichern. »In der Freizeit gingen wir in die Stadt, wir halfen der deutschen Bevölkerung im Haushalt. Ich

ging zu einer Deutschen, ich putzte, wusch, und die Frau gab mir dafür Mittagessen.«<sup>51</sup> Damit konnten sich auch ärmere Berliner ein Dienstmädchen oder einen Bauarbeiter ins Haus holen – im wahrsten Sinne des Wortes für ein Butterbrot. Viele Zwangsarbeiter gingen in Lokale mit markenfreiem Essen oder besuchten die Schwarzmärkte: »Irgendwann am Sonntag – am freien Tag – fuhr ich zum Alexanderplatz, um auf dem Markt einen Laib Brot zu kaufen. Die Männer haben manchmal Brotmarken gekauft, meistens bei den Franzosen und Polen.«<sup>52</sup> Entgegen den rassistischen Vorurteilen der Nationalsozialisten waren Franzosen sehr viel stärker in den verbotenen Tauschhandel involviert als »Ostarbeiter«, da sie über mehr Bewegungsspielraum und bessere Sprachkenntnisse verfügten. Die von der Kripo sorgfältig beobachtete Ausländerkriminalität beschränkte sich meist auf das Fälschen von Brotmarken, Diebstähle innerhalb der Lager sowie Feld- und Gartendiebstähle, insgesamt also Hungervergehen.<sup>53</sup>

Heimweh und Langeweile verleiteten viele Zwangsarbeiter zu Alkoholkonsum und Glücksspielen. Die von der DAF organisierten Freizeitangebote wurden von den Lagerinsassen angenommen, verfehlten aber wohl meist ihre propagandistische Wirkung. Den ukrainischen Volkstänzen zogen die Ausländer Besuche bei ihren Bekannten und Verwandten in anderen Berliner Lagern vor – eine Möglichkeit, die ihre Kameraden auf dem Land nicht hatten. Gerne gingen sie auch spazieren und ließen sich wie Touristen vor Berliner Sehenswürdigkeiten fotografieren. Unter den Privatfotos von Zwangsarbeitern finden sich Dutzende von Gruppenbildern, die ein Straßenfotograf vor dem Nationaldenkmal an der Schlossfreiheit aufnahm.<sup>54</sup>

Viele junge Menschen verliebten sich – meist in andere Zwangsarbeiter.<sup>55</sup> Liebesbeziehungen zu Deutschen waren gefährlich, für Osteuropäer sogar lebensgefährlich. Beziehungen innerhalb der einzelnen Ausländergruppen waren dagegen erlaubt.<sup>56</sup> Im Juni 1943 wurde in Johannisthal sogar eine »Bordellbaracke für fremdvölkische Arbeiter« eingerichtet, die für Deutsche verboten war.<sup>57</sup> Viele Zwangsarbeiterinnen bekamen im Lager Kinder. In Neukölln wurde jedes zehnte Kind von einer Zwangsarbeiterin geboren, im Juni 1944 sogar jedes fünfte.<sup>58</sup> Viele der Säuglinge, die in den Lagern zur Welt kamen, starben aufgrund der schlechten Bedingungen bereits nach wenigen Tagen an »Ernährungsstörung«.<sup>59</sup>



Abb. 3 Die polnische Zwangsarbeiterin Halina Wojciechowska und ihre Tante vor dem Nationaldenkmal am Berliner Schloss, 17. April 1944.



Abb. 4 »Ostarbeiterinnen« mit einem Säugling im BMW-Lager am JuliuSturm. Foto des Holländers Aart Markus.

## Repression und Widerstehen

Alle ausländischen Arbeitskräfte wurden registriert und mit Hilfe des rassistisch-bürokratischen Repressions- und Kontrollapparats aus Polizei, Wehrmacht, Arbeitsamt, Werkschutz und SS streng überwacht. Die Anonymität der Großstadt, der große Arbeitskräftebedarf der Unternehmen und das Kompetenzgerangel verschiedener Behörden ließen allerdings manches Schlupfloch. So klagte die Kriminalpolizei 1943 über die hohe Fluktuation und die unzureichende Erfassung der Ausländer in den Karteien der DAF, des Arbeitsamts und des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz.<sup>60</sup> In den großen Barackenlagern entstand ein regelrechtes Zwangsarbeitermilieu, in dem Landsleute sich gegenseitig unterstützten, die Gestapo aber auch Spitzel hatte.<sup>61</sup>

Möglichkeiten zu einem organisierten Widerstand hatten die Zwangsarbeiter kaum. Auf Betriebsebene gab es aber kollektive Protestaktionen. So begehrten russische Frauen Anfang 1942 gegen das Kantinenessen bei Siemens auf. Wie auf einer Tagung der DAF berichtet wurde, hatten »500 – 600 Frauen vor der Kantine unter ungeheurem Lärm demonstriert und sofortige Absetzung des gesamten Kantinenpersonals verlangt. Nur mit polizeilicher Hilfe konnte dieser Vorfall in Ordnung gebracht werden, d. h. durch Festnahme der Rädelsführerinnen.«<sup>62</sup> Daneben gab es zahlreiche Formen individueller Auflehnung und symbolischen Protests. Die nach Handgreiflichkeiten mit ihrer Chefin verhaftete »Ostarbeiterin« Nadeshda Koroljowa wehrte sich bei der Gestapo: »Als ich verhört wurde, wurde ich gefragt, wie ich es wagen konnte, eine deutsche Frau zu schlagen. Ich bin aufgestanden und antwortete: ›Und wie konnte sie ein russisches Mädchen so behandeln?‹«<sup>63</sup>

Westeuropäer und Tschechen wurden bei Verstößen gegen die drakonischen NS-Gesetze in der Regel von der Strafjustiz verurteilt, während »Ostarbeiter« und Polen der Gestapo zugeführt wurden.<sup>64</sup> In den meisten Verfahren ging es um »verbotenen Umgang« oder sogenannte Kriegswirtschaftsverbrechen. Die Urteile waren oft äußerst hart; meist plädierten gerade die Firmen für größere Strenge. So drängte die Reichsbahndirektion im August 1943 darauf, 16 Russen und Ukrainer, die Mehlsäcke gestohlen hatten, zum Tode zu verurteilen. Das Sondergericht beschränkte sich aber auf Haftstrafen.<sup>65</sup> Die Verfolgung geflüchteter Ausländer wurde in den letzten Kriegsjahren zur Hauptbeschäftigung auf den Polizeidienststellen – in Berlin wie im gesamten Reich. Bei den regelmäßigen Bahnfahndungen nahm man allein im Juli 1943 in den Fernzügen 1040 geflohene Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene fest.<sup>66</sup>

## Arbeitserziehungslager

Das wichtigste Element zur Disziplinierung und Terrorisierung der Zwangsarbeiter waren die Arbeitserziehungslager (AEL).<sup>67</sup> Als drittes AEL im Reich wurde im April 1940 das Lager Wuhlheide der Staatspolizeileitstelle Berlin am südlichen Rand des Schlossparks in Friedrichsfelde errichtet.<sup>68</sup> Der Kunstfaserfabrik Phrix AG in Wittenberge<sup>69</sup> sicherte die Stapostelle Potsdam Mitte 1941 zu,

»die von uns inhaftierten Leute oder sonstige Gefolgschaftsmitglieder, die sich durch ständiges Bummeln, Faulenzen oder gar Widersetzlichkeit auszeichnen, in das Besserungslager Wuhlheide bringen zu lassen, wo ihnen je nach Schwere des Falles während einer 3- bis 6-wöchentlichen Inhaftierung das nötige Verständnis für die Aufgaben und Pflichten eines ausländischen Arbeiters in deutschen Betrieben beigebracht werden wird. Die Leute müssen in diesem Lager täglich 12 Stunden stramm arbeiten und werden bei geringsten Vergehen mit Einzelhaft auf hartem Lager, Entziehung der warmen Mittagskost und sonstigen Maßnahmen zu geregelter Arbeit erzogen.«<sup>70</sup>

Das AEL Wuhlheide hatte für RSHA-Chef Reinhard Heydrich Vorbildcharakter.<sup>71</sup> Es war im Schnitt mit etwa 500, im Sommer 1943 mit 684 Häftlingen belegt.<sup>72</sup> Zurzeit geht die Forschung davon aus, dass in dem Lager etwa 2500 Menschen infolge der Haftbedingungen umkamen. 1942 reichte die Kapazität in der Wuhlheide nicht mehr aus; wie überall im Reich wurden auch in der Berliner Region mit Beginn des »Ostarbeiter«-Einsatzes neue AEL eingerichtet. Für männliche Häftlinge entstand das AEL Großbeeren im Süden Berlins, ebenfalls in Kooperation mit der Reichsbahn.<sup>73</sup> Ein AEL für weibliche Häftlinge errichtete die Stapostelle Potsdam im Februar 1942 bei der Bastfaser GmbH in Rhinow; bereits im Juni wurde es zum Hauptwerk der Firma in Fehrbellin verlegt.<sup>74</sup> Viele Unternehmen griffen zu betriebsinternen Strafmaßnahmen, die weniger Arbeitszeitausfall verursachten. So unterhielten die AEG-Kabelwerke Oberspree in Schöneeweide einen »Sonderarbeitstrupp«, der am Sonntag schwere körperliche Strafarbeiten verrichten musste. Die Betroffenen verblieben nachts im Gewahrsam des Werkschutzes, der auch die Dauer der Bestrafung bestimmte.<sup>75</sup>

## Krankheiten, Bombenangriffe und Tod

Die überwiegend jungen und aufgrund der medizinischen Auswahl in den Durchgangslagern überdurchschnittlich gesunden Zwangsarbeiter zogen sich infolge der schweren Arbeit, der unzureichenden Ernährung und der schlechten Hygiene bald Krankheiten zu. Am gefährlichsten waren Tuberkulose und Typhus, die in den überbelegten und verlausten Barackenlagern grassierten. Die in Berlin vorhandenen Entlausungsanstalten erwiesen sich als völlig unzureichend; nicht nur das Gesundheitsamt Pankow sah im Februar 1944 »eine nie dagewesene Fleckfiebergefahr«.76 Während die Krankenhäuser die Zwangsarbeiter in der Regel vergleichsweise korrekt behandelten,77 sahen die Werksärzte und Lagersanitäter in ihnen häufig Simulanten, die zur Arbeit gezwungen werden mussten.78 Schwerkranke wurden zwecks Kostenersparnis an das Arbeitsamt zurückgegeben und damit dem Tod ausgeliefert. Die »Ostarbeiterin« Anna Beljawska etwa wurde »am 31. 7. 44 wegen offener Lungentuberkulose« von der Weserflug »entlassen und dem Durchgangslager Blankenfelde zugeführt, da sie nicht mehr einsatzfähig war«. Dort starb sie einige Wochen später. Allein in diesem »Krankensammellager« bei dem Dorf Blankenfelde im Norden von Pankow kamen mindestens 400 sowjetische Zwangsarbeiter ums Leben.79 Mehr als 1500 Menschen, vor allem aus der Sowjetunion, starben im städtischen Ausländerkrankenhaus, das das Hauptgesundheitsamt 1942 in Mahlow am südlichen Stadtrand eingerichtet hatte.80 Psychisch krank gewordenen Zwangsarbeitern drohte die Ermordung in der Landeskrankenanstalt Meseritz-Obrawalde.81

Zwangsarbeiter starben auch infolge von Gewalttaten, Bombenangriffen, Arbeitsunfällen oder nach ihrer Einweisung in ein KZ oder ein AEL. Viele Tschechen und Franzosen wurden im Gefängnis Plötzensee hingerichtet, allein aus dem Bezirk Kreuzberg waren es knapp 90 Opfer. Andere wurden im Lager ermordet. Im Reichsbahnlager Halensee wurden am Ostersonntag 1942 drei junge Männer aus Charkow beim »Kartoffelklauen« erwischt und noch am selben Tag vor den versammelten Lagerinsassen erschossen.82 Massaker, wie sie sich in anderen Städten in den letzten Kriegstagen ereigneten, gab es in Berlin offenbar nicht. Am 23. April 1945 wurden allerdings im südlich der Stadt gelegenen Treuenbrietzen 127 Italiener ermordet.83

Die Bombenangriffe auf Berlin forderten insgesamt knapp 30 000 Tote, darunter eine bislang unbekannte Zahl von Ausländern.84 Nach unvollständigen Meldungen einiger Bezirke handelte es sich bei etwa einem Fünftel der bis

Anfang 1944 »durch Feindeinwirkung« verstorbenen Zivilpersonen um Ausländer.85 Einzelfälle deuten die Dimension an: Bei den schweren Angriffen am 22. November 1943 kamen über 60 Französischen im Siemens-Lager in der Charlottenburger Traditionsgaststätte »Türkisches Zelt« ums Leben.86

Den Bombenangriffen waren die Ausländer noch schutzloser ausgesetzt als die deutsche Bevölkerung, da sie, besonders wenn sie aus Osteuropa kamen, meist keinen Zugang zu Bunkern und Luftschutzkellern hatten.87 Die meisten Zwangsarbeiterlager waren lediglich mit einem notdürftig bedeckten Splitter-schutzgraben ausgestattet. Die in einem Neuköllner Lager untergebrachte Kazimiera Kosonowska erinnert sich:

»Als die Sirenen heulten, wurde der Strom abgeschaltet, und die Wachmänner trieben uns in den Luftschutzraum hinunter. Das waren ausgehobene Gräben hinter den Baracken, mit befestigten Wänden, von oben mit Brettern zugedeckt und mit Erde zugeschüttet. Unter diesen schrecklichen, grabähnlichen Bedingungen mussten wir den Luftangriff abwarten, während in der Nähe die Bomben explodierten.«88

Die Bombenangriffe gehörten zu den schrecklichsten Erfahrungen der Zwangsarbeiter. Neben die eigene Todesangst und die Trauer um getötete Kameraden trat nicht selten auch Mitleid mit der deutschen Zivilbevölkerung, deren Leid vor allem die zu Aufräumarbeiten abkommandierten Ausländer aus nächster Nähe erlebten.89 Die Gefühle gegenüber den alliierten Bombern waren dagegen zwiespältig: »Sie waren unsere Befreier, aber sie töteten uns.«90 Noch über den Tod hinaus galt die rassistische Hierarchie: Während westeuropäischen Zwangsarbeitern für gewöhnlich eine angemessene Bestattung zukam, sollten die Osteuropäer auf einfache Weise und ohne Namensnennung begraben werden.91 Die Habseligkeiten von toten Ostarbeitern wurden von der Vermögensverwertung des Oberfinanzpräsidenten an die Berliner verkauft.92

Insgesamt wurden etwa 10 000 bis 12 000 Zwangsarbeiter in Berlin bestattet. Bei rund 500 000 Zwangsarbeitern entspräche dies einem Anteil von gut zwei Prozent. Von den 5509 »Ostarbeitern« der Reichsbahn, die in überlieferten Alliiertenlisten dokumentiert sind, starben 107 in Berlin, also knapp zwei Prozent.93 Auch wenn dies noch durch weitere Forschungen überprüft werden muss, kann hieraus mit aller Vorsicht geschlossen werden, dass die Überlebenschancen in Berlin insgesamt eher größer waren als im Reichsdurchschnitt.94

## Resümee

Der riesige Arbeitskräftebedarf machte Berlin – entgegen dem ursprünglichen Willen der nationalsozialistischen Machthaber – von 1939 und erst recht von 1942 an in der Zusammensetzung seiner Bevölkerung noch deutlich vielfältiger als zum Zeitpunkt der Machtergreifung. Rund 500 000 Zwangsarbeiter waren Teil der Berliner Kriegsgesellschaft, auch wenn sie nicht zur »Volksgemeinschaft« gehörten. Auf die unerwünschte, aber unvermeidliche Heterogenität reagierte die deutsche Führung mit Vorschriften zur Abgrenzung. Kontakte zwischen den Deutschen und den ausländischen Zwangsarbeitern sollten auf ein hierarchisch strukturiertes Minimum reduziert werden.

Betriebs- und Lagerführer, Polizisten und Ärzte, Vorarbeiter und Nachbarn hatten unterschiedlich große Spielräume in ihrem Verhalten gegenüber den Zwangsarbeitern. Trotz einzelner Beispiele von Solidarität und Hilfe wurden die Diskriminierung und Ausbeutung der Ausländer von den meisten Berlinern akzeptiert, wenn nicht gar gefördert. Neben der Rüstungsindustrie profitierten schließlich auch viele »Volksgenossen«, die sich billige Hausangestellte hielten, von der Zwangsarbeit.

Den Zwangsarbeitern blieb kaum etwas anderes übrig, als für den Feind zu arbeiten und auf die Befreiung durch die Alliierten zu hoffen. Nach der Rückkehr in die Heimat litten sie oft noch jahrzehntelang unter den gesundheitlichen und seelischen Schäden infolge der Zwangsarbeit. Für viele war Berlin die Stadt, in der sie ihre Jugend verloren hatten.

DR. CORD PAGENSTECHE

(geb. 1965), Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Center für Digitale Systeme der Freien Universität Berlin.

DR. MARC BUGGELN

(geb. 1971), Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert mit Schwerpunkt im Nationalsozialismus an der Humboldt-Universität zu Berlin.

## GESELLSCHAFT



Der Amerikaner James Abbe, der zwischen 1927 und 1936 als Fotojournalist in Berlin tätig war und einige Berühmtheit erlangte, weil es ihm gelang, Stalin, Mussolini und Hitler vor die Linse zu bekommen, fotografierte im Sommer 1933 das Oberdeck eines Ausflugsbusses der BVG, der im Linienverkehr eingesetzt wurde. Zwar waren Uniformen auch in der Weimarer Republik – für Post- und Telegrammboten, Reichsbahn- und BVG-Mitarbeiter, Chauffeure, Polizisten – gang und gäbe. Seit 1933 vervielfachte sich aber die Zahl der Uniformträger und Parteigänger. Auch im Bus manifestierte sich die Uniformierung, die Abbild der physischen Durchdringung der Gesellschaft war. Auf der rechten Seite ist hinter dem Zeitung lesenden Herrn mit Zigarre ein SS-Mann zu erkennen, dahinter ein SA-Mann. Auf der linken Seite hat vor den beiden Damen ein Zivilist mit NSDAP-Parteiabzeichen am Revers Platz genommen.

- 61 Zitate in Gestapo-Berichte vom 24.7., 23.9., 25.9. und 22.10.; V-Mann-Bericht, 31.7.1936, nach Morsch, Straße, S. 442ff., beziehungsweise Siegel, Rationalisierung, S. 172f. Vgl. auch Sandvoß, Reichshauptstadt, S. 563; Roth, Facetten, S. 159f. (Dok. 12).
- 62 Sopade, Berichte, 2. Jg. (1935), S. 1057.
- 63 Sopade, Berichte, 3. Jg. (1936), S. 712.
- 64 Vgl. Roth, Facetten.
- 65 Morsch, Straße, S. 86.
- 66 Neu Beginnen, Bericht 12 (Febr./März 1935), S. 396.
- 67 Neu Beginnen, Bericht 8 (Juli 1934), S. 192; Bericht 10 (Okt./Nov. 1934), S. 308.
- 68 Vgl. Hachtmann, Industriearbeit, S. 207 – 223; Siegel, Leistung, S. 143 – 209; Recker, Sozialpolitik, S. 223 – 249.
- 69 Hachtmann, Industriearbeit, S. 144, 148.
- 70 Seit Mai 1934 machte die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung von ihrem Recht Gebrauch, den Zuzug von Arbeitskräften nach Berlin einzuschränken. Vgl. ebd., S. 43.
- 71 Peukert, Volksgenossen, S. 140. Das folgende Zitat ebd., S. 43. Vgl. auch Sopade, Berichte, 3. Jg. (1936), S. 119f. (exemplarisch für Siemens Berlin).
- 72 Zugleich war unter Jungarbeitern und anderen Jugendlichen ein massenhaft nonkonformes Verhalten gerade in Berlin stark ausgeprägt. Vgl. Morsch, Straße, S. 255.
- 73 Hauser, Sommer, S. 206.
- 74 Vgl. BiZ, 1939, S. 110; Mason, Arbeiterklasse, S. 878 – 906.
- 75 Feldenkirchen, Siemens, S. 163. Vgl. den Beitrag von Wolf Gruner in diesem Band.
- 76 Vgl. Sopade, Berichte, 6. Jg. (1939), S. 32, sowie allgemein Hachtmann, Arbeitsmarkt, S. 208 – 218.
- 77 Vgl. Bähr, Industrie, S. 41; Hahn, Standort, S. 17f.
- 78 Vgl. Sopade, Berichte, 7. Jg. (1940), S. 126f.
- 79 Vgl. den Beitrag von Marc Buggeln und Cord Pagenstecher in diesem Band.
- 80 Ausführlich Hachtmann, Industriearbeiterinnen, S. 341 – 348.
- 81 Weihe, Personalpolitik, S. 87 – 98. Zur DAF-eigenen Bank der Deutschen Arbeit vgl. Hachtmann, Wirtschaftsimperium, S. 535f.; Kreuzmüller/Loose, Bank.
- 82 Vgl. Aufstellung des Reichverbandes der Betriebskrankenkassen, 24.11.1944, BArch, R 12 I, 336. Zum Hintergrund vgl. vor allem Süß, Volkskörper, S. 56 – 72, 254 – 268.
- 83 Vgl. Hachtmann, Koloss, S. 349.

### Zwangsarbeit

- 1 Cavanna, Lied.
- 2 Demps, Zwangsarbeiterlager; Bräutigam, Fremdarbeiter; Kubatzki, Kriegsgefangenenlager. Die Lager-Datenbank der Koordinierungsstelle zur Zwangsarbeiter-Entschädigung (2001 – 2007) ist im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Berlin-Schöneweide verfügbar. Vgl. Webseite »Zwangsarbeit in Friedrichshain und Kreuzberg 1938 – 1945«, [www.kreuzbergmuseum.de/zwangsarbeit](http://www.kreuzbergmuseum.de/zwangsarbeit) (4.9.2012), Webseite »Lagerstandorte« von Bernhard Bremberger, [www.zwangsarbeit-forschung.de](http://www.zwangsarbeit-forschung.de) (4.9.2012) und die Smartphone-App zu Orten der Zwangsarbeit unter [www.berliner-geschichtswerkstatt.de](http://www.berliner-geschichtswerkstatt.de) (4.9.2012).

- 3 Bräutigam, Zwangsarbeit, S. 30; BiZ, 1947, S. 90.
- 4 Scholze-Irrlitz/Noack, Arbeit; Berliner Geschichtswerkstatt e.V., Totaleinsatz; Berliner Geschichtswerkstatt e.V., Zwangsarbeit; Meyer/Neitmann, Zwangsarbeit; Arbeitskreis Berliner Regionalmuseen, Zwangsarbeit; Schrage, Zwangsarbeit; Pagenstecher/Bremberger/Wenzel, Zwangsarbeit; Schmidt, Zwangsarbeit; LAB, Spezialinventar. Die Sammlungen der Berliner Geschichtswerkstatt und der Koordinierungsstelle zur Nachweissuche sind im Dokumentationszentrum Schöneweide verfügbar.
- 5 Siehe den Beitrag von Wolf Gruner in diesem Band.
- 6 Siemens Zentral-Werksverwaltung, Vorträge der ZW-Tagung, 7. und 8.12.1942, o. D. (1942), LAB, Bibl. 05,0258, S. 34; vgl. Siegel, Rationalisierung, S. 12 – 24; Schmolling, Zwangsarbeit, S. 63 – 81.
- 7 Ebd., S. 57; vgl. Irmer, Sklavenhandel, S. 159.
- 8 Bräutigam, Arbeitseinsatz, S. 105 – 127; ders., Arbeiterstadt, S. 111 – 126.
- 9 Ders., Zwangsarbeit, S. 32f.; siehe auch die Übersichtsgrafiken, ebd., S. 30f.
- 10 Keller, Kriegsgefangenenwesen, S. 31. Die Liste eines italienischen Kaplans listet 120 Arbeitskommandos auf: Monsignore Luigi Fraccari, AKDOS. STAMMLG. III.D., 1944, Kopie im Archiv Berliner Geschichtswerkstatt.
- 11 Einen Eindruck vom Leben eines französischen Kriegsgefangenen in Berlin gibt Perret, Caporal.
- 12 Stärkemeldungen der Stalags 1942 – 1944, BArch MA, RW 6/v, 276, v. 450, v. 451 und v. 452.
- 13 Vgl. die Kurztexpte zu den Berliner Außenlagern, Benz/Distel, Ort, Bd. 3, S. 80 – 132; Megargee, Encyclopedia, S. 1268 – 1292.
- 14 Vgl. Spoerer, Zwangsarbeit, S. 10ff.; vgl. die Definitionen in Martin/Pagenstecher, Zwangsarbeit, S. 10.
- 15 Stapoleitstelle Berlin, Ergänzungen zu Ostarbeitererlassen, 8.8.1942, LAB, A Rep. 242, 75. Rechnung der Berliner Fahnenfabrik Geitel & Co., o. D. (1944), Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, G 15 Friedberg, Q 989.
- 16 Schilde, Sozialausgleichsabgabe, S. 63 – 73.
- 17 Pagenstecher, Knipsen, S. 51 – 60.
- 18 Vgl. Ménage, Schicksale, S. 140 – 151.
- 19 Zur Debatte um die Profite durch Zwangsarbeit vgl. Spoerer, Zwangsarbeit, S. 183f.
- 20 Le Vrang, »Praxis bei der Anwerbung im Ausland«, Siemens Zentral-Werksverwaltung, S. 2, 13; vgl. Bericht über die Tagung der Kreisverwaltung Nauen der DAF, o. D. (April 1942), BLHA, Pr. Br. Rep. 75 Bastfaser GmbH Fehrbellin 209; Memorandum der Weser Flugzeugbau Gesellschaft Bremen, 28.4.1942, LAB, A Rep. 242, 89.
- 21 Obering, Mohr, »Werkstatteinsatz«, Siemens Zentral-Werksverwaltung, S. 30 – 44, 32, 42.
- 22 Siemens Zentral-Werksverwaltung, S. 101.
- 23 Berliner Verkehrsbetriebe, Todesfallmeldungen beim Arbeitsamt Mitte, 22.11.1944, LAB, A Rep. 242, 92.
- 24 Bremberger/Frewer, Zwangsarbeitereinsatz, S. 175 – 220.
- 25 Pagenstecher/Bremberger/Wenzel, Zwangsarbeit, S. 188.

- 26 Nachweisanfrage, 2000, LAB, Korrespondenz, Ordner 7431 Zwangsarbeiter F-G, 2000 – 2004.
- 27 Vgl. Erlass von Himmler, 10.9.1942, BArch, R 58, 1030.
- 28 Interview mit Sinaida B., Archiv »Zwangsarbeit 1939 – 1945«, za465.
- 29 Sprink, System, S. 74 – 82; mehrere Beiträge in Scholze-Irrnitz/Noack.
- 30 Pagenstecher, Slaves, S. 275 – 291.
- 31 Lagerlisten der Gesundheitsämter, BArch DH, ZA I 7818, A. 6; vgl. Pagenstecher, Lagerlisten, S. 91 – 107.
- 32 Bremberger, Sauberkeit, S. 109 – 119.
- 33 Memorandum der Weser Flugzeugbau Gesellschaft Bremen, 28.4.1942, LAB, A Rep. 242, 89.
- 34 Keim, »Lagerplanung«, Siemens Zentral-Werksverwaltung, S. 70 – 88, 87.
- 35 Lagerlisten der Gesundheitsämter, BArch DH, ZA I 7818, A. 6: Köpenick, 23.
- 36 Förster/Guse, Alter.
- 37 Bremberger, Sauberkeit, S. 115f.
- 38 Vgl. die Beiträge von Głogiewicz und Helas/Müller, Arbeitskreis, sowie Rudorff/Huhn, Heide.
- 39 Liste der Stapoleitstelle, August 1943, LAB, A Rep. 257, 42.
- 40 Keim, »Lagerplanung«, Siemens Zentral-Werksverwaltung, S. 77f.
- 41 Vgl. Bräutigam, Arbeitseinsatz, S. 120f.; Kubatzki, Kriegsgefangenenlager, S. 14 – 22.
- 42 Pagenstecher, GBI-Lager, S. 11 – 18.
- 43 Schnellbrief der Reichsbahndirektion Berlin, 3.7.1944, Archiv der Deutschen Reichsbahn (Ost), MEP 5813 (Kopie Archiv BGW, zwa.akte 874).
- 44 von Kardorff, Aufzeichnungen, S. 264.
- 45 Ebd., S. 265.
- 46 Pagenstecher, Widerstand, S. 229 – 247.
- 47 Herbert, Apartheid, S. 239 – 241, S. 262.
- 48 Drobisch, Werkschutz, S. 229ff.
- 49 Noack, Alltag, S. 53 – 64.
- 50 Oehm, Effizienz, S. 118ff.
- 51 Bericht Galina Wertaschonok, 28.8.1997, Archiv BGW, zwa.br.ost 330, teilabgedruckt in Berliner Geschichtswerkstatt, Zwangsarbeit, S. 117.
- 52 Bericht Raissa Stepiko, o. D., Archiv BGW, zwa.br.ost 375/383.
- 53 Bericht der Kriminalpolizei-Leitstelle Berlin, 21.8.1943, S. 9, BArch DH, ZB 6249.
- 54 Pagenstecher, Knipsen; ders., Erfassung, S. 254 – 266.
- 55 Cavanna, Lied.
- 56 Stapoleitstelle Berlin, Ergänzungen zu Ostarbeitererlassen, 8.8.1942, LAB, A Rep. 242, 75.
- 57 Bericht der Kriminalpolizei-Leitstelle Berlin, 19.7.1943, BArch DH, ZB 6249.
- 58 Pagenstecher/Bremberger/Wenzel, Zwangsarbeit, S. 179.
- 59 Bremberger, Todesursache, S. 189 – 198.
- 60 Bericht der Kriminalpolizei-Leitstelle Berlin, 21.8.1943, BArch DH, ZB 6249. Vgl. Pagenstecher/Bremberger/Wenzel, Zwangsarbeit, S. 175.

- 61 Stapoleitstelle Berlin, Ergänzungen zu Ostarbeitererlassen, 8.8.1942, LAB, A Rep. 242, 75.
- 62 Bericht über Tagung bei der Kreisverwaltung Nauen der DAF, o. D. (ca. April 1942) BLHA, Pr. Br. Rep. 75 Bastfaser GmbH Fehrbellin, 209.
- 63 Bericht Nadeshda Koroljowa, 8.8.1997, Archiv BGW, zwa.br.ost 304.
- 64 Vgl. LAB, B Rep. 062, 25, 89 – 127. LAB, B Rep. 069, 151. In den staatsanwaltlichen Ermittlungsakten bei Landgericht, Amtsgericht und Sondergericht sind rund 15 000 Ausländerfälle überliefert, die noch einer historischen Auswertung harren.
- 65 Schnitter, Zeit, S. 133.
- 66 Berichte der Kriminalpolizei-Leitstelle Berlin, 19.7.1943; 21.8.1943, BArch DH, ZB 6249.
- 67 Vgl. Lotfi, KZ; Tech, Arbeitserziehungslager; Pagenstecher, Arbeitserziehungslager, S. 75 – 99.
- 68 Mietvereinbarung, 15.4.1940, LAB, Rep. SU 18666. Vgl. Roßberg/Krautter/Prenzel, Forschungsbericht; Steer, Arbeitserziehungslager, S. 12 – 58.
- 69 Kaienburg, Zwangsarbeit, S. 12 – 41.
- 70 Aktennotiz des technischen Sekretariats der Phrix AG, 19.7.1941, BLHA, Pr. Br. Rep. 75, 61, 51.
- 71 Runderlass von Heydrich, 14.6.1940, abgedruckt in Roßberg/Krautter/Prenzel, Forschungsbericht, Dokumentenanhang, o. S.
- 72 Roßberg/Krautter/Prenzel, Forschungsbericht, S. 21; Steer, Arbeitserziehungslager, S. 26.
- 73 Vgl. Berichte zu Wuhlheide und Großbeeren, Spanjer/Oudesluijs/Meijer, Arbeit, S. 57 – 75.
- 74 Berliner Geschichtswerkstatt, Arbeitserziehungslager. Erste Erwähnung des AEL Rhinow in Gestapo Potsdam an Landräte und Oberbürgermeister des Regierungsbezirks Potsdam 23.2.1942, BLHA, Pr. Br. Rep. 41 Amtsbezirk Bötzwow, 152. Der Stapostelle Frankfurt/Oder unterstanden die AEL Brätz und Schwetig.
- 75 Mitteilung, 13.5.1944, LAB, A Rep. 227-05, AEG 191/2.
- 76 Vgl. Bremberger/Pagenstecher, Überwachung, S. 185.
- 77 Stürzbecher, Krankengeschichten, S. 96 – 103.
- 78 Vgl. die bei Pagenstecher, Lagerlisten, zitierten Erinnerungsberichte.
- 79 Bremberger, Sterbelager.
- 80 Bremberger/Hummeltenberg/Stürzbecher, Ausländerkrankenhaus, S. 221 – 272.
- 81 Vgl. Todesfallmeldungen beim Arbeitsamt Mitte 1943 – 1944, LAB, A Rep. 242, 92; vgl. Beddies, Pflegeanstalt, S. 231 – 258.
- 82 Gotthold Starke, Aufzeichnungen über die Lage der Ostarbeiter in Deutschland, abgedruckt in Pagenstecher/Bremberger/Wenzel, Zwangsarbeit, S. 225. Die Erschossenen wurden im November 1942 auf dem Parkfriedhof Marzahn begraben. Vgl. Gräberdatenbank des Senats der Stadt Berlin (teils mit leicht abweichenden Namen).
- 83 Ceccanei, Deportierte.
- 84 Vgl. den Beitrag von Laurenz Demps in diesem Band. Reichsweit gab es wohl 380 000 bis 465 000 Bombentote, davon mindestens 32 000 Ausländer. Vgl. Süß, Tod, S. 14f.

- 85 Nach den offenbar unvollständigen Meldungen der städtischen Friedhöfe z. B. in Wilmersdorf 495 Deutsche und 122 Ausländer bis März 1944, Nachweisung der durch Feindeinwirkung getöteten Zivilpersonen, 1. 4. 1944 und 1. 10. 1944, LAB, A Rep. 009, 31452.
- 86 Berliner Straße 53, heute Otto-Suhr-Allee 50 – 54. Nach KST-Datenbank und Gräberdatenbank des Senats.
- 87 Vgl. Süß, Tod, S. 329 – 331.
- 88 Erinnerungsbericht Kazimiera Kosonowska, 4. 11. 1997, Archiv BGW, zwa.br.pol 415.
- 89 Vgl. die Berichte tschechischer Zwangsarbeiter, Berliner Geschichtswerkstatt, Totaleinsatz.
- 90 Interview mit dem bei BMW eingesetzten Aart Markus, 1995, Archiv BGW, zwa.int 33.
- 91 Black, Death, S. 121f.
- 92 Vermögensverzeichnisse der Ostarbeiter, 14. 12. 1944, BLHA, Pr. Br. Rep. 36 A, 29020.
- 93 Reichsbahndirektion Berlin, Nachforschung über Ausländer, BArch DH, ZO 21, ZO 13, A. 1.
- 94 Für das gesamte Reichsgebiet schätzt Spoerer die Sterberate der Westeuropäer auf zwei Prozent, die der polnischen und sowjetischen Zivilarbeiter auf elf Prozent, Spoerer/Fleischhacker, Laborers, S. 196.

#### Erfahrungshorizonte Berliner Jugendlicher im Nationalsozialismus

- 1 Kerr, Kaninchen, S. 8ff.
- 2 Schnurre, Gelernt, S. 70ff.
- 3 Koehn, Mischling, S. 11.
- 4 Deutschkron, Stern, S. 7ff.
- 5 Giesecke, Pädagogen, S. 19.
- 6 Vgl. Buddrus, Erziehung, S. 17.
- 7 Ebd., S. 852f.
- 8 Zur HJ Kater, Youth; Pine, Family; Rempel, Children; zum BDM Miller-Kipp, Führer.
- 9 Vgl. Kater, Youth, S. 26; Mouton, Nation, S. 23.
- 10 Pine, Family, S. 47 – 88.
- 11 Namen aus Polizeiakten und aus Akten der Jugend- und Fürsorgeämter wurden aus Datenschutzgründen geändert.
- 12 Moritz Föllmer hat bereits für die Weimarer Zeit darauf hingewiesen, dass »die weltanschaulich aufgeladene Gruppendynamik unter Gymnasiasten [...] Außenseiter und Führerfiguren« produzieren konnte, »deren Persönlichkeitsstil ihre bürgerlichen Lehrer überforderte«, eine Dynamik, die teilweise in Selbstmorden unter Jugendlichen kulminierte. Föllmer, Leben, S. 122.
- 13 Bericht des 157. Polizei-Reviere, 27. 3. 1935, Kopie in der pädagogischen Sammlung der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz.
- 14 Abschrift des Abschiedsbriefes, 23. 3. 1935, ebd.

- 15 Koehn, Mischling, S. 37f.
- 16 Der Begriff der »kognitiven Dissonanz« wird im Sinne Leon Festingers gebraucht, vgl. Festinger, Theory.
- 17 Siehe zu unterschiedlichen Erfahrungen mit Veränderungen in Berliner Schulen auch das Kapitel »Zeitzeugen berichten über den Umbau der Berliner Volksschule« in Arbeitsgruppe, Lehrer, S. 76ff.
- 18 Kunert, Tortur, S. 221.
- 19 Fest, Jahre, S. 195.
- 20 Keim, Erziehung, S. 91.
- 21 Rundschreiben des Stadtpräsidenten, 14. 2. 1938, LAB, A Pr. Br. Rep. 057, 2128.
- 22 Zur Geschichte der Berliner Verwaltung und der Stellung des Staatskommissars beziehungsweise Stadtpräsidenten vgl. den Beitrag von Christoph Kreutzmüller in diesem Band; auch Aufsatz Kreutzmüller/Wildt, Lippert.
- 23 Rundschreiben des Stadtpräsidenten der Reichshauptstadt Berlin an die Leiter der höheren Lehreinrichtungen in Berlin, den Oberbürgermeister, die Bezirksbürgermeister und die Oberpräsidenten der Abteilung für höheres Schulwesen, 11. 1. 1937, LAB, A Pr. Br. Rep. 057, 2127.
- 24 Rundschreiben des Stadtpräsidenten an die Leiter der höheren Lehreinrichtungen in Berlin, den Oberbürgermeister und die Bezirksbürgermeister, 9. 2. 1937, ebd.
- 25 Rundschreiben des Stadtpräsidenten, 29. 10. 1937, ebd.
- 26 Rundschreiben des Stadtpräsidenten, 27. 8. 1937, ebd.
- 27 »Erlass des Reichministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung«, Rundbrief des Stadtpräsidenten, 30. 10. 1938, S. 3, LAB, A Pr. Br. Rep. 057, 2128.
- 28 Keim, Erziehung, S. 122.
- 29 Vgl. den Beitrag von Laurenz Demps in diesem Band.
- 30 Vgl. Haubfleisch, Reformpädagogik, S. 117 – 132.
- 31 Fest, Jahre, S. 195.
- 32 Reich-Ranicki, Jahre, S. 52.
- 33 »Jahr 5 Unter Adolf Hitler«, Heim- und Fahrtenbuch der Kameradschaft SIG, o. D., LAB, A Rep. 244-02, 6.
- 34 Bannbefehl NSDAP, Hitler-Jugend Bann 6 (Wedding-Reinickendorf), 25. 1. 1938, S. 5. LAB, A Rep. 244-0, 1.
- 35 Gärtner, Freizeiträume, S. 15 – 20; vgl. Kater, Youth, S. 22.
- 36 Vgl. Sopade, Berichte, 5. Jg. (1938), S. 759.
- 37 Arbeitsgruppe, Lehrer, S. 90.
- 38 »Unser Sportfest ... und was die Presse dazu sagte«, Heim- und Fahrtenbuch der Kameradschaft SIG, o. D., LAB, A Rep. 244-02, 6.
- 39 Arbeitsgruppe, Lehrer, S. 90.
- 40 Reese, Vergesellschaftung, S. 199f.
- 41 Bannbefehl Hitler-Jugend Bann 6 (Wedding-Reinickendorf), 9. 1. 1937, S. 2. LAB, A Rep. 244-0, 1.
- 42 Vgl. den Beitrag von Rüdiger Hachtmann und Christoph Kreutzmüller in diesem Band.
- 43 Daniel Siemens weist in seinem Beitrag in diesem Band darauf hin, dass auch die SA